

Urteil zur Homo-Ehe polarisiert

Reger Disput beim Besuch der Bundestagpolitikerin Annette Schavan in Merklingen

Die Bundestagsabgeordnete Annette Schavan sprach am Freitag in Merklingen über die aktuellen Themen der Politik. Dabei sorgte die steuerliche Gleichstellung der Homo-Paare mit der Ehe für eine Diskussion.

JOANNA STOLAREK

Merklingen. Vor allem Männer folgten der Einladung der CDU-Ortsverbände der Laichinger Alb zu einer Veranstaltung mit der Bundestagsabgeordneten Annette Schavan in Merklingen. Etwa 30 Menschen lauschten gespannt den Ausführungen der ehemaligen Bundesbildungsministerin. Es ging um aktuelle Themen der Politik. Und natürlich auch um die bevorstehende Bundestagswahl im Herbst und das entsprechende Programm der CDU.

Kneipp: Es geht um Akzeptanz und Verständnis

Für eine rege Diskussion sorgte das neueste Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus Karlsruhe: Gleichgeschlechtliche Paare müssen steuerlich Ehepaaren gleichgestellt werden. Rückwirkend zum 1. August 2001. „Wenn Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, ergeben sich daraus Pflichten und wer Pflichten hat, hat auch Rechte“, sagte Annette Schavan. Dieses Urteil wurde in der CDU-Fraktion in Berlin mit gemischten Gefühlen aufgenommen: Während ein Abgeordnete, der in einer Homo-Ehe lebt, sich sichtlich darüber freute, wettete ein anderer dagegen. So auch in Merklingen.

Als es darum ging, was die Menschen an der CDU stört oder ärgert, meldete sich Merklingens Bürgermeister Sven Kneipp zu Wort. Er zitierte aus einer Mitteilung des CDU-Ortsverbandes Nellingen-Merklingen vom März. Darin sprechen sich die Mitglieder gegen „die völlige Gleichstellung der Homosexuellen“ aus. Kneipp lebt in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft, ist mit seinem Mann verheiratet. „Diese Ablehnung ärgert mich“, sagte er. „Einerseits sprechen Sie hier von Pflichten füreinander und sich daraus ergebenden Rechten, egal, welches Geschlecht die Partner haben, andererseits gibt es an der Basis solche Aussagen.“ Umso wichtiger, betonte Kneipp, sei dieses Urteil, als gesellschaftliches Signal. „Es geht nicht um die Bevorzugung, sondern um Akzeptanz



Aug' in Aug' mit dem Wähler: Natürlich war auch die Bundestagswahl im Herbst ein Thema von Annette Schavan (CDU) am Freitagabend in Merklingen.

Foto: Joanna Stolarek

und Verständnis.“ Kneipp sprach sich für eine Art Familiensplitting aus: Nicht Ehen – konventionell oder homosexuell – sollten steuerlich begünstigt werden, sondern Familien mit Kindern. „Egal, ob zwei Partner da sind oder eine alleinerziehende Mutter sich um die Kinder kümmert.“

Hans Hagmeyer, Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Nellingen-Merklingen rechtfertigte die Meinung der Mitglieder vor Ort: „Gleichgeschlechtliche Partner-

schaften können und sollen nicht Ehen gleichgesetzt werden. Eine Ehe ist, wenn daraus ein Leben hervorgeht, und hier ist es nicht der Fall.“ Die vielen männlichen Besucher nickten anerkennend, während sie bei den Worten von Kneipp betreten auf den Boden schauten.

Als das Thema Kinderadoption zur Sprache kam, nahm die Diskussion etwas skurrile Züge an: Hagmeyer sagte, wenn man Kinder in „solchen Familien“ aufwachsen lasse, müsse man dafür Sorgen,

dass sie wissen, dass auch eine Beziehung zwischen Mann und Frau möglich ist. Kneipp schüttelte amüsiert den Kopf: „Man wird nicht schwul, weil die Adoptiveltern schwul sind.“

Annette Schavan, die interessiert die Diskussion verfolgte, sagte: „Man merkt es auch hier in Merklingen: Wir müssen über das Thema reden lernen und davor keine Angst haben.“ Dazu gehöre, sagen zu dürfen: „Ich finde es komisch, wenn zwei Männer die gleichen Rechte ha-

Dr. Annette Schavan darf den Titel vorerst weiter tragen

Der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Nellingen-Merklingen Hans Hagmeyer begrüßte die Bundestagsabgeordnete Annette Schavan in Merklingen mit: „Herzlich willkommen Frau Professorin Dr. Annette Schavan, Bundesministerin a.D.“ Bei jeder weiteren Ansprache wiederholte er die An-

rede. Bis die Politikerin sagte: „Sagen Sie einfach Frau Schavan!“ Bereits in der Einladung zu der Veranstaltung hieß es: Frau Prof. Dr. Schavan. Im Februar entschied der Fakultätsrat der Universität Düsseldorf, an der Schavan promovierte, ihren Dokortitel wegen nach Ansicht der Hochschule erwiesenen Pla-

giatsvorwürfen abzuerkennen. Sie trat als Bildungsministerin zurück. Die Politikerin klagte gegen den Entzug des Dokortitels. Darf Schavan den Titel nach der Entscheidung der Uni Düsseldorf noch tragen? Ja, denn die Klage hat eine aufschiebende Wirkung. Zudem hat die Universität Düsseldorf

die Aberkennung nicht mit sofortiger Wirkung entschieden. Somit wird wohl erst nach eigenem abschließenden Gerichtsurteil klar sein, ob Schavan ihren Dokortitel behalten darf oder abgeben muss. Auf ihrer Website nennt sie den Dokortitel und ihren Titel als Honorarprofessorin also zu recht.

ben sollen wie eine Ehe mit Mann und Frau.“ Man müsse auch den Widerspruch ertragen können und sich der Diskussion stellen. In der CDU hätten aber beide Positionen Platz. „Wichtig ist die Frage, wie fördert man in der Gesellschaft, dass Menschen Verantwortung füreinander übernehmen.“

Es ging in Merklingen auch um weitere politische Themen: Kommunen, Finanzen, Gewerbesteuer, Ausbau der Kindergartenplätze, Bildung, Lehrerausbildung, Verkehrswege, Neuverschuldung, Steuerpolitik und die Föderalismusdebatte. Das Wahlprogramm werde vor allem drei Schwerpunkte haben, sagte Schavan: Bildung und Forschung, Familie und Infrastruktur.

Das Entwicklungsprogramm „Ländlicher Raum“ helfe die Infrastruktur im Dorf zu verbessern: „Ohne gutes Gemeindebild verliert das Land an Attraktivität.“ Man sollte auch in die Erhaltung der öffentlichen Gebäude investieren: „Eine Schule muss genauso schön sein, wie die Zweigstelle einer Sparkasse“, sagte Schavan. Die Familien sollen nach Meinung Schavans besser gefördert werden: Das Kindergeld und der Freibetrag erhöht werden. Dabei sollen die Projekte ohne Steuererhöhung realisiert werden.

Schavan verteidigte das Modell G8 und sprach sich für die Stärkung des Gemeindelebens und der Vereine aus als Garant für Bildungserfolge: „Dies gibt es dort, wo es Sozialpolitik gibt, also Gemeinschaft und Vereinsleben.“ Gern würde sie auch das System des Bausparens als Bildungssparen haben. „Bildung ist unsere Ressource.“

Ein wichtiges Thema ist Europa und die Zukunftsperspektive der jungen Generation: „Die Frage ist: Wie bringen wir es zusammen? Auf der einen Seite haben wir viele arbeitslose junge Menschen in Europa und hier in Deutschland unbesetzte Ausbildungsstellen.“ Für den Merklinger Bürgermeister Kneipp ist es eine Frage, die über die Zukunft des Dorfes entscheidet: Denn wenn die örtlichen Unternehmen keine Mitarbeiter und Auszubildenden finden, werden sie weggehen. „Es gibt Firmen, die es bereits überlegen“, sagte Kneipp. „Für uns ist die beinahe Vollbeschäftigung nicht nur ein Segen, sondern auch eine Gefahr für den ländlichen Raum.“ Denn wenn die Betriebe auf der Suche nach Mitarbeitern wegziehen, gehen auch die Menschen mit, die Gewerbegebiete schließen.

„Wir müssen offener werden gegenüber anderen Kulturen und Menschen aus dem Ausland. Sonst kommen sie zu uns nicht. Wir brauchen sie aber“, sagte Kneipp.